

Vattenfall

Die **Vattenfall GmbH** ist die deutsche Tochtergesellschaft des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall AB. Vattenfall ist nach E.ON, RWE und EnBW das viertgrößte deutsche Energieversorgungsunternehmen.

Vattenfall GmbH

VATTENFALL



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Energieversorger
Gründungsdatum	2002
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.vattenfall.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	1
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	2
3.1 Braunkohle-Lobbyist im Bundestag	2
3.2 Auftragsstudien	2
4 Fallbeispiele und Kritik	3
4.1 Lobbyisten in Ministerien	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
6 Einzelnachweise	3

Kurzdarstellung und Geschichte

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Vattenfall GmbH hat mehrere 100%-ige Tochtergesellschaften, darunter:

- Stromnetz Berlin GmbH
- Vattenfall Europe Mining AG
- Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH

Quelle: ^[1]

Aufsichtsrat der Vattenfall Europe Mining AG

Tuomo Hatakka (Vorsitzender)

Vorsitzender der Geschäftsführung der Vattenfall GmbH

- seit 2013 Mitglied des Bundestages

Aufsichtsrat der Vattenfall Europe Mining AG

Ulrich Freese (Stellv. Vorsitzender)	SP D	<ul style="list-style-type: none"> 2003-2013 Stellv. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Vattenfall GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats
Burkhard Dreher (neutr. MG)	SP D	<ul style="list-style-type: none"> 1994-1999 Wirtschaftsminister von Brandenburg bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments
Rolf Linkohr	SP D	<ul style="list-style-type: none"> Intergroup European Energy Forum (EEF), Ehrenvorsitzender^[2] Kerntechnische Gesellschaft, Ehrenmitglied^[2]
Martina Gregor-Ness	SP D	<ul style="list-style-type: none"> Mitglied des Landtages Brandenburg, Umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion
Reinhardt Schultz	SP D	<ul style="list-style-type: none"> bis 2009 Mitglied des Bundestages

Weitere Mitglieder:

Petra Adolph, Catrin Jung-Draschil, Steffen Erbe, Kurt Häge, Ralf Hermwapelhorst, Christian Hülsmeier, Alexander Krauß, Klaus-Dieter Licht, Joachim Lubitz, Torsten Meyer, Silke Rudolf, Rainer Schulze, Rüdiger Siebers, Peter Smink, Uwe Teubner

(Stand: April 2014) Quelle: ^[1]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Braunkohle-Lobbyist im Bundestag

Nach Informationen der Zeitung "Die Welt" geht folgender Satz im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf [Ulrich Freese](#) zurück: *"Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar."* Ulrich Freese war langjähriger Gewerkschaftsfunktionär, ist Mitglied des Aufsichtsrates bei Vattenfall und seit 2013 Mitglied des Bundestages für die [SPD](#).

Vattenfall baut in in der Lausitz/Brandenburg in großem Stil Braunkohle ab. Knapp 33.500 Arbeitsplätze hängen dort nach Angaben des Unternehmens von der Braunkohlenindustrie ab. Der Koalitionsvertrag stellt so sicher, dass die Bundesregierung in der Energiepolitik weiterhin auf die billige Braunkohle setzt.^[3]

Auftragsstudien

Vattenfall beauftragte das privatwirtschaftliche Forschungs- und Beratungsinstitut [Prognos AG](#) mit zwei Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Braunkohletagebaus in den neuen Bundesländern. Die erste Studie wurde im Dezember 2005 unter dem Titel *Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* veröffentlicht und kommt zu dem Ergebnis, dass „[c]a. 23.600 Arbeitsplätze [...] durch die ostdeutsche Braunkohleindustrie gesichert“^[4] werden. Zu dieser Zahl kommt Prognos, indem zu den direkt in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmern auch „indirekte“ Beschäftigte bei Zulieferbetrieben (in sogenannten „Vorleistungssektoren“) gerechnet werden sowie sogenannte „induzierte“

Arbeitsplätze, welche durch Konsumausgaben der ersten beiden Gruppen entstehen. In der im September 2011 unter dem Titel *Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* erschienenen Folgestudie heißt es: „Insgesamt hängen in Ostdeutschland rund 33.500 Arbeitsplätze von der Braunkohleindustrie ab.“^[5] Vergleicht man die Angaben aus den beiden Prognos-Studien, so stellt man bei den direkt Beschäftigten einen Anstieg um 9,8% von 10.182 im Jahr 2005 auf 11.179 im Jahr 2011 fest. In den sogenannten Vorleistungssektoren stieg die Zahl der „indirekt“ Beschäftigten innerhalb von nur sechs Jahren um über 58% von 10.600 auf 16.790. Und die Zahl der induzierten Arbeitsplätze verdoppelte sich fast von 2275 auf 5535, obwohl beide Studien von Konsumausgaben in Höhe von ca. 260 Millionen ausgehen. Auch wenn die in den beiden Prognos-Studien genannten Zahlen kaum nachvollziehbar sind, werden sie in Publikationen der Braunkohlelobby häufig als Argument für die wirtschaftliche Notwendigkeit des Braunkohletagebaus genannt.

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Das Bergbauunternehmen **Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG)** fusionierte 2002 mit den Hamburgische Electricitäts-Werken (HEW) unter Federführung des schwedische Konzerns Vattenfall AB zu Vattenfall Mining AG. Aus der LAUBAG wird die Vattenfall Mining AG. Die LAUBAG hatte einen Lobbyisten im Wirtschaftsministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[6]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ ^{1,01,1} [Beteiligungsverhältnisse des deutschen Vattenfall-Konzerns](#) Webseite Vattenfall, abgerufen am 23.04.2014
- ↑ ^{2,02,1} [Lebenslauf Dr. Rolf Linkohr](#) Private Webseite, abgerufen am 23.04.2014
- ↑ [Wie die Braunkohle-Lobby der SPD am Koalitionsvertrag mitschrieb](#) welt.de vom 12.12.2013, abgerufen am 23.04.2014
- ↑ [Datei:Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland 2005.pdf, S. 1.](#)
- ↑ [Datei:Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland 2011.pdf, S. 27.](#)
- ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011